

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2011

Stephanie Günther: Unpolitische Kommunalpolitik? Die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik

Marburg: Tectum Verlag, 2011 (Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Geschichtswissenschaft, 14), 313 S., ISBN 978-3-8288-2591-8

Die Studie von Stephanie Günther, die auf einer von Andreas Wirsching betreuten, 2010 von der Universität Augsburg angenommenen Dissertation beruht, setzt sich zum Ziel, Licht in das bisher wenig erforschte Gebiet der liberalen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik zu bringen. In ihrer Studie will die Verfasserin klären, ob es nach 1919 eine Fortsetzung der im Kaiserreich begründeten liberalen Verwaltungstradition gab und ob die kommunalpolitische Tätigkeit der Deutschen Volkspartei das gängige Bild vom Niedergang der Liberalen in der Weimarer Republik relativieren kann.

Nachdem die Verfasserin die allgemeinen Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik in der Weimarer Republik erläutert hat, untersucht sie den Stellenwert der Kommunalpolitik innerhalb der SPD, des Zentrums und schließlich der DVP. Sie zeigt, wie stark die Rechtsliberalen der aus dem Kaiserreich überlieferten Tradition der sachlichen, „unpolitischen“ Kommunalpolitik anhängen und nur langsam – und hier dem Beispiel des Zentrums folgend – die Gründung von kommunalpolitischen Vereinigungen, die Herausgabe einer parteieigenen kommunalpolitischen Halbmonatsschrift sowie die Aufstellung von Richtlinien für die kommunalpolitische Arbeit der Partei forcierten. Diesen Prozess schildert sie vor allem am Beispiel der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz, die eine Vorreiterfunktion innerhalb der Partei innehatte.

Wer eine ähnlich quellengesättigte und anregende Studie der Kommunalpolitik von unten erwartet wie Jan Palmowskis viel beachtete (aber von der Verfasserin nicht herangezogene) Untersuchung des Kommunalliberalismus in Frankfurt am Main, wird von diesem Buch enttäuscht sein. Das liegt mitunter an der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Studie, die deren analytische Reichweite erheblich schmälert. Anstatt das Thema der volksparteilichen Kommunalpolitik aus der Perspektive der DVP-Bürgermeister, Stadträte und Stadtverordneten vor Ort zu beleuchten, zieht es die Autorin vor, sich vorrangig der Arbeit in den kommunalpolitischen Vereinigungen der DVP, den Parlamenten sowie den kommunalen Interessenvertretungen zu widmen. Erst im letzten Drittel des Buches, als die Verfasserin die Position der DVP zu einzelnen kommunalpolitischen Themen wie etwa der Finanzpolitik oder dem Wohnungsbau analysiert, erfahren wir etwas mehr über das konkrete Handeln der volksparteilichen Kommunalpolitiker in den Städten des Rheinlands und Westfalens. Dies geschieht aber insgesamt zu punktuell, um ein plastisches und konturenreiches Bild der Entwicklungslinien, der Handlungsräume und der wachsenden Schwierigkeiten liberaler Kommunalpolitik in der Weimarer Republik entstehen zu lassen. Es wäre sicherlich lohnender – wenn auch aufgrund der Quellenlage mühsamer – gewesen, anhand der Arbeit der DVP-Bürgermeister und Fraktionen in vielleicht drei oder vier ausgewählten Städten die kommunalpolitische Praxis und die Umsetzung der kommunalpolitischen Leitlinien der

Partei zu untersuchen. Ein solcher mikrohistorischer Ansatz hätte es auch ermöglicht, die Rolle und Bündnisfähigkeit der DVP im Kräftefeld der lokalen Parteiensysteme auszuloten und auch die Mobilisierungsformen der DVP auf der lokalen Ebene unter die Lupe zu nehmen. Gab es noch die zahlreichen „unpolitischen“ Stadtteil- und Bürgervereine, derer sich die Liberalen vor 1914 bei der Mobilisierung der kommunalen Wähler bedienten? Wenn ja, welche Rolle spielten sie in einem demokratisierten und offensichtlich zunehmend politisierten kommunalen Umfeld? Wie stark war die personelle Kontinuität in den liberalen Rathausfraktionen über das Jahr 1918 hinaus? Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen Links- und Rechtsliberalen auf der kommunalen Ebene? Gerade anhand solcher Fragen hätte man Kontinuitätslinien und Brüche in der liberalen Kommunalpolitik nach 1918 herausarbeiten können und müssen.

Gelegentlich störend wirken Aufbau und Gliederung der Studie. Die Verfasserin geht breit auf die bereits gut erforschten allgemeinen Parameter der Kommunalpolitik und das Wirken der kommunalen Spitzenverbände in der Weimarer Republik ein, bevor sie erst auf S. 89 zum eigentlichen Thema ihrer Studie gelangt. Bei verschiedenen Exkursen vermisst man den engeren Bezug zur volksparteilichen Kommunalpolitik. So wird beispielsweise nicht ersichtlich, welche unmittelbaren Konsequenzen der auf S. 169ff. dargestellte Streit zwischen dem Verleger der Kölnischen Zeitung Neven DuMont und dem DVP-Vorsitzenden Eduard Dingeldey für die kommunalpolitische Arbeit der Partei hatte. Ähnliches gilt für die ausführlichen Erläuterungen zur regionalen Identität des Rheinlands (S. 133ff.). Verwirrend ist es auch, wenn die detaillierte Untersuchung über den kommunalpolitischen Ausschuss des badischen Landesverbands der DVP einem allgemeinen Abschnitt über das Entstehen solcher kommunalpolitischer Vereinigungen und Ausschüsse innerhalb der Partei vorangestellt wird.

Die sprachliche Darbietung ist dem Lesevergnügen nicht immer zuträglich. Streckenweise hätte man den Text straffen müssen, um unnötige Wiederholungen zu vermeiden. So wird beispielsweise ab S. 89 die Tradition der „unpolitischen“ Kommunalpolitik im Kaiserreich, die die Autorin bereits auf S. 67ff. thematisiert – und im übrigen etwas überzeichnet – hat, erneut aufgegriffen und erläutert. Langatmige Passagen wie etwa diejenigen über die Tagungen der Kommunalpolitischen Vereinigung der DVP Rheinprovinz hätte man kürzer fassen müssen: allzu oft erschöpft sich die Darstellung in der Angabe der Namen von DVP-Politikern und der fast wortwörtlichen Wiedergabe ihrer Stellungnahmen. Eine Gewichtung und historische Einordnung der vertretenen Standpunkte findet zu selten statt. Manche Formulierungen wirken unbedacht: Die Tatsache beispielsweise, dass die DVP-Zeitschrift Kommunale Umschau einen Artikel über den Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres veröffentlichte, kann man wohl kaum als Zeichen für die parteiübergreifende Popularität des DVP-Politikers deuten. Andere Angaben sind schlicht und ergreifend widersprüchlich. Nachdem wir erfahren haben, dass die DVP 1920 in Duisburg überdurchschnittlich gut bei den Reichstagswahlen abgeschnitten habe (S. 140), wird kurz danach mitgeteilt, dass es sich „mit Duisburg hinsichtlich der Wahlergebnisse um keine Hochburg der Partei handelte“ (S. 147). Ärgerlich in einer Arbeit, die sich vor allem mit der rheinischen DVP befasst, ist die wiederholte Bezeichnung des Essener Oberbürgermeisters und späteren Reichskanzlers Hans Luther als Mitglied des Zentrums (S.63; S.143), zumal der evangelische und zunächst parteilose Politiker der DVP nahe stand und ihr 1927 auch beitrug.

Es ist gewiss ein Verdienst dieser Studie, dass sich die Autorin des bisher unerforschten Themas der liberalen Kommunalpolitik in der Weimarer Republik angenommen hat. Wir wissen nun, welchen Stellenwert die Kommunalpolitik für die Parteileitung der DVP sowie für die Parteigremien auf Provinz-

bzw. Landesebene hatte. Deutlich wird auch, wie sich die DVP allmählich mit der Vorstellung der parteipolitischen Kommunalpolitik anfreundete und auch auf verschiedenen Ebenen Leitlinien für das Handeln ihrer kommunalen Mandatsträger ausarbeitete. Aufgrund der erheblichen Mankos der Studie wird die Autorin aber nur bedingt ihrem Anspruch gerecht, eine „Charakterisierung der volksparteilichen Kommunalpolitik [zu] liefern“. Noch weniger kann sie den Beweis erbringen, dass die langgehegte Forschungsmeinung bezüglich des Niederganges der liberalen Parteien in der Weimarer Republik durch die Bilanz der DVP-Kommunalpolitik revidiert werden muss. Kurzum: nach dieser Studie bleibt die Kommunalpolitik der DVP in den Jahren nach 1918 weiterhin ein Desiderat der Liberalismusforschung.

Baden-Baden

Mark Willock